



Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Bruchköbel
Uwe Ringel
Fritz-Schubert-Ring 11
63486 Bruchköbel
Telefon: 06181 75 779

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Guido Rötzer
Hauptstraße 32
63486 Bruchköbel

Bruchköbel, 18. Mai 2016

**Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Rötzer,

hiermit stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Stadt Bruchköbel unterstützt das gemeinsame Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes Kommunaler Unternehmen und fordert gegenüber der Landes- und Bundesregierung gemäß der o. g. Papiere folgende Punkte ein:

1. Die Kommunale Daseinsvorsorge soll von den Marktzugangspflichten in TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen ausgeschlossen werden.
2. Die Organisationsfreiheit der Kommunen auch über TTIP hinaus soll sichergestellt, Rekommunalisierung jederzeit und uneingeschränkt möglich bleiben.
3. Auf spezielle Investorenschutzregelungen und internationale Schiedsgericht soll gänzlich verzichtet werden. Anwendung finden soll ausschließlich der demokratisch legitimierte Rechtsschutz nationaler Gerichte.
4. Der Abbau von Handelshemmnissen soll nicht zu Lasten europäischer Sozial-, Gesundheits-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards erfolgen.

Begründung:

Bei dem derzeit verhandelten Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) handelt es sich um einen bilateralen Handelsvertrag, der eine Machtverschiebung, weg von politisch gewählten Entscheidungsträgern und Gremien, hin zu multinationalen Konzernen hat. Diese Art von Vertrag stellt auch einen massiven Eingriff in unsere kommunale Gestaltungshoheit und unsere kommunale Selbstverwaltung dar.

Wir sehen insbesondere negative Auswirkungen für unser kommunales Handeln, bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Insbesondere darf eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien (Förderung mittelständischer Unternehmen vor Ort) nicht verschlechtert werden.

Wir sehen negative Auswirkungen auf die Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Energieversorgung und den ÖPNV.

Da bei diesen Arten von Handelsabkommen typischerweise Regeln zum grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen und der Schutz ausländischer Investoren im Fokus stehen, ist zu befürchten, dass sie sich negativ auf die Organisationshoheit der Kommunen und die kommunale Handlungsautonomie auswirken. Das öffentliche Beschaffungswesen soll auf allen Ebenen geöffnet werden. Muss unsere Wasserversorgung privatisiert werden? Was passiert mit unserer Beteiligung an der EAM (Energie aus der Mitte), darf der Busverkehr zukünftig noch unterstützt werden?

Wir sehen weiterhin negative Auswirkungen im sozialen Dienstleistungssektor. Immer mehr Bereiche des öffentlichen Dienstleistungssektors werden zum „allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“ deklariert. D. h., dass Unternehmen grundsätzlich einen kommerziellen Charakter haben sollen.

Nach unserer Auffassung muss in diesen sensiblen Bereichen das Gemeinwohl aber weiterhin im Vordergrund stehen.

Darf die Stadt zukünftig noch einen Eigenbetrieb (z. B. Soziale Dienste), betreiben, oder können demnächst private Pflegedienstbetreiber gegen die Stadt klagen, wenn sie zu geringe Gewinne erzielen?

Solange hinter verschlossenen Türen verhandelt wird (Missachtung demokratischer Grundsätze) und die kommunale Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistung nicht von dem Abkommen ausgenommen werden, bleibt der Verdacht bestehen, dass TTIP die Privatisierung und Kommerzialisierung der kommunalen Daseinsvorsorge fördern soll.

Deshalb bitten wir Sie unserem Antrag zuzustimmen!

Uwe Ringel
(Fraktionsvorsitzender)